

Frankfurter Rundschau

Politik - 8 | 10 | 2012

STEINBRÜCK UND DIE NEBENEINKÜNFTE

Wie Politiker ihre Diäten aufbessern



Verdient sich etwas dazu: FDP-Politiker
Wolfgang Gerhardt.
Foto: Michael Schick

Von Nadja Erb

Lukrative Beraterverträge, gut bezahlte Aufsichtsratsposten und ein paar Tausend Euro pro Vortrag: Peer Steinbrück ist nicht der einzige Abgeordnete, der sich mit Nebenjobs eine goldene Nase verdient.

Ein Bundestagsabgeordneter verdient derzeit 7960 Euro im Monat, ab 1. Januar 2013 werden es 8252 Euro sein. Hinzu kommt eine Pauschale von 4029 Euro im Monat für Reisekosten und ähnliches. 11.989 Euro im Monat - dafür muss der Bruttonormalverdiener lang stricken.

Doch vielen Abgeordneten scheint das nicht auszureichen. Sie arbeiten weiter als Anwälte, führen ihre Familienunternehmen, verdingen sich als Berater in der freien Wirtschaft oder halten Vorträge - gegen Bares, versteht sich. Ein Blick auf [die Internetseite des Bundestages](#) zeigt: SPD-Kanzlerkandidat Peer

Steinbrück, dessen Engagement als Redner für eine Debatte über Nebeneinkünfte gesorgt hat, ist nur einer von vielen.

Seit 2007 müssen die Mitglieder des Bundestages diese Tätigkeiten offenlegen. Unterschieden werden vier Bezahlstufen: von Stufe 0 (kein Entgelt) bis Stufe 3 (7000 Euro oder mehr). Ein Vergleich der einzelnen Fraktionen zeigt, dass besonders Schwarz-Gelb die Chance auf Nebenjobs weidlich nutzt. So haben oder hatten 21 von 93 FDP-Abgeordneten in dieser Legislaturperiode mindestens einen Nebenjob der Stufe 3. Bei der CSU ist es mehr als ein Drittel der Parlamentarier (15 von 41), bei der CDU immerhin ein Viertel. Zurückhaltender sind SPD (17 von 146 Abgeordneten) und Grüne (2 von 68). Bei den Linken weisen fünf der 76 Abgeordneten einen solchen Zweitjob aus.

Geringe Strafe fürs Verschleiern

Kritiker wie die Betreiber der Internetplattform [abgeordnetenwatch.de](#) sind davon überzeugt, dass die Dunkelziffer noch höher ist. "Die Strafe, die den Abgeordneten droht, die ihre Nebentätigkeiten verschleiern, ist zu gering", sagt Martin Reyher von Abgeordnetenwatch. Im schlimmsten Fall würden den Parlamentariern die Diät gekürzt, "das ist aber noch nie passiert".

Der Verein fordert eine detaillierte Offenlege aller Bezüge nach Euro und Cent. "In dem Stufensystem können die Abgeordneten hohe Summen einfach verstecken", sagt Reyher. So habe beispielsweise der CDU-Politiker Heinz Riesenhuber seine Tätigkeit im Aufsichtsrat der Evotec ordnungsgemäß mit Stufe 3, 7000 Euro oder mehr, angegeben. De facto seien das in den vergangenen drei Jahren 67.500 Euro gewesen. Der Job bei Evotec ist nicht der einzige Riesenhubers.

SPD und Linke fordern Offenlegung

Inzwischen fordern auch SPD und Linke eine Gesetzreform, die die vollständige Offenlegung vorsieht. Grünen-Politiker Volker Beck ist für einen Zehn-Stufen-Plan, um höhere Honorare sichtbar zu machen.

Bei vielen Politikern ist der Nebenjob der frühere Broterwerb. Sie führen ihre eigenen Firmen weiter wie der FDP-Mann Heinz-Peter Hausteil, führen ihren landwirtschaftlichen Betrieb wie der CDU-Abgeordnete Franz-Josef Holzenkamp

oder arbeiten in weiter als Rechtsanwälte wie CSU-Querkopf Peter Gauweiler, FDP-Politiker Otto Fricke oder Linken-Fraktionschef Gregor Gysi. Die Abgeordneten erhalten sich ein zweites Standbein und machen ihre Existenz nicht vom Politikerjob abhängig - das könnte man auch positiv sehen.

Doch bei Abgeordnetenwatch bewertet man auch solche Tätigkeiten kritisch. "Die Abgeordnetentätigkeit sollte im laut Gesetz im Mittelpunkt stehen", sagt Reyher. "Das ist ein Fulltime-Job - da stellt sich schon die Frage, ob das überhaupt mit anderen Tätigkeiten vereinbar ist."

Artikel URL: <http://www.fr-online.de/politik/steinbrueck-und-die-nebeneinkuenfte-wie-politiker-ihre-diaeten-aufbessern,1472596,20304624.html>

Copyright © 2010 Frankfurter Rundschau